

Große Anfrage

des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN

Unterstützung für die UNO-FDN-Contra in der Bundesrepublik Deutschland

Parallel zum Bemühen von US-Präsident Ronald Reagan, weitere 100 Millionen Dollar für die antisandinistische Contra vom Kongreß bewilligt zu bekommen, machte die Contra in der Bundesrepublik Deutschland Schlagzeilen mit der Entführung von acht bundesdeutschen Aufbauhelfern in Nicaragua. Obwohl die Entführung der acht Aufbauhelfer im Mai 1986 nicht der erste Anschlag der Contra gegen Bundesdeutsche war – bereits 1983 wurde der bundesdeutsche Arzt Tonio Pflaum von der Contra erschossen –, bot dieser terroristische Akt für viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland erneut Anlaß, das Unwesen der Contra kritisch zu hinterfragen.

Während die Bundesregierung ihre finanzielle Hilfe für Nicaragua eingefroren hat und im Bündnis mit den USA die nicaraguanische Regierung international zu diffamieren und zu isolieren versucht, organisieren sich in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend konservative und reaktionäre Kräfte, die sich um eine gezielte politische und finanzielle Unterstützung für die Contra bemühen.

Politiker, vor allem aus der CDU/CSU, vermeintliche Menschenrechtsorganisationen wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Vereine wie die Nicaragua-Gesellschaft e. V. und die Internationale Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie (IAFD), Mitarbeiter aus den parteinahen Stiftungen Konrad-Adenauer-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung und Presseorgane wie DIE WELT, Frankfurter Allgemeine Zeitung, ZDF-Magazin u. a. unterhalten nicht nur seit langem Kontakte zu Vertretern der UNO-FDN-Contra, sondern bemühen sich zunehmend in Zusammenarbeit mit der UNO-FDN-Contra um die politische Etablierung der Contra als vermeintliche demokratische Alternative zur sandinistischen Regierung in Nicaragua.

Laut Aussagen ehemaliger Mitglieder der UNO-FDN-Contra, wie Edgar Chamorro und anderen, ist die UNO-FDN-Contra jedoch alles andere als demokratisch.

Bereits im April 1985 veröffentlichte der Unterausschuß für Außenpolitik und Rüstungskontrolle des US-Kongresses eine Studie über die Contra, nach der 46 von 48 FDN-Führer ehemalige Nationalgardisten von Somoza sind (Süddeutsche Zeitung vom 19. April 1986). Edgar Chamorro, Antonio Zelodon, der ehemalige

Sekretär des obersten militärischen Befehlshabers der FDN, Ex-Nationalgardist Enrique Bermudez sowie internationale Menschenrechtsorganisationen wie americas watch und amnesty international u. a., haben die UNO-FDN-Contra angeklagt, Ermordungen, Verschleppungen, Folterungen und andere Menschenrechtsverletzungen an der nicaraguanischen Bevölkerung zu verüben.

Die vom CIA ausgebildete und mit öffentlichen US-Geldern finanzierte UNO-FDN-Contra bewegt sich im internationalen Rahmen in politischen Kreisen, die als sogenannte „Schwarze Internationale“ bezeichnet werden und sich unter anderem in der World Anticommunist League (WACL) sammeln, zu der auch bundesdeutsche Politiker Kontakte pflegen, und die ein Sammelbecken für internationale konservative, reaktionäre, antikommunistische und auch faschistische Gruppierungen und Personen darstellt.

Auf der letzten Konferenz der WACL, der bis 1979 auch der nicaraguanische Ex-Diktator Somoza angehörte, im September 1985 in Dallas/USA waren neben Adolfo Calero (FDN) und Wolfgang Schall (CDU) u. a. auch der Gründer der guatemaltekischen Todesschwadron „Weiße Hand“ und guatemaltekische Präsidentschaftskandidat der MLN, Mario Sandoval Alarcon, anwesend. Der Vorsitzende der WACL, der ehemalige Stabschef der US-Streitkräfte in Südkorea, John Singlaub, organisiert in den USA Millionenbeträge und politische Kampagnen zugunsten der FDN, und war Mitinitiator der im Mai 1985 in San Salvador gegründeten Antikommunistischen Liga Zentralamerikas in dem der ARENA-Partei nahestehenden Institut ISEPES, wo neben guatemaltekischer rechtsradikaler Parteien auch Vertreter der UNO-FDN-Contra anwesend waren.

Materielle und politische Unterstützung erhält die UNO-FDN-Contra von der John Singlaub nahestehenden Zeitschrift „Soldiers of Fortune“ und der „Civilian Military Assistance“ (CMA) von Tom Posey. Auf dem Nachfolgetreffen von „Soldiers of Fortune“ zur WACL-Konferenz in Las Vegas im September 1985, auf dem Mario Calero als Vertreter der UNO-FDN-Contra anwesend war, wurde neben der militärischen Ausbildung an Waffen politisches Propagandamaterial verteilt, das unter anderem folgendes enthielt: Handbücher für „Verhörtechniken“ (Physical Interrogation Techniques), die Anleitung zur Sexualfolter enthalten und andere Foltermethoden, Aufkleber mit den Texten „I'd rather be killing Communists in Central America“, „Save South Africa – Terminate Tutu“, „Nuke their ass and take the gas“ sowie T-Shirts mit Hitler-Kopf verkauft wurden.

Angesichts der terroristischen Aktivitäten der UNO-FDN-Contra in Nicaragua und des internationalen politischen Umfeldes betrachten DIE GRÜNEN mit großer Sorge den wachsenden politischen Einfluß, den die UNO-FDN-Contra auf politische Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland einnimmt, wobei besonders besorgniserregend für DIE GRÜNEN ist, daß politische Propagandaarbeit für die UNO-FDN-Contra häufig nicht als solche erscheint, sondern verdeckt geschieht.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Mit welchen konkreten Schritten für die Bundesrepublik Deutschland rechnet die Bundesregierung nach dem am 10./11. Februar 1986 in Madrid stattgefundenen Treffen der UNO, bei dem neben Adolfo Calero, Arturo Cruz, Alfonso Robelo auch der ehemalige (1969 bis 1975) bundesdeutsche Botschafter in Nicaragua, Götz Freiherr von Houwald, und der Chefredakteur und Mitinhaber der Zeitschrift „Lateinamerika-Report“ der internationalen „Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie“ anwesend waren, und auf dem für die europäischen Staaten, insbesondere auch der Bundesrepublik Deutschland, eine gezielte, aber verdeckte Medienoffensive zugunsten der Contra beschlossen wurde, die laut Transnational Institute and the Committee of Western European Parliamentarians and Politicians in Support of Nicaragua im „Central America Bulletin“, Mai 1986, mit CIA-Mitteln finanziert ist, in deren Rahmen u. a. Vertreter aus dem Medienbereich, vor allem den Print-Press-Medien für eine Berichterstattung zugunsten der Contra gewonnen werden sollen, Vertreter des öffentlichen und politischen Lebens, Reisen nach Mittelamerika organisiert werden sollen sowie eine jeweils nationale Repräsentanz der UNO eingerichtet werden soll in Europa?
2. Wie bewertet die Bundesregierung eine stärkere politische und publizistische Lobbyarbeit für die Ziele der UNO-FDN-Contra in der Bundesrepublik Deutschland, dies insbesondere nach der Entführung von acht bundesdeutschen Internationalisten in Nicaragua durch die Contra?
3. Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit die Durchführung der von der UNO in Madrid beschlossenen Öffentlichkeitskampagne in Zusammenarbeit mit der US-Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland vonstatten geht?
4. In welchem Zusammenhang mit der von der UNO in Madrid beschlossenen forcierten Öffentlichkeitsarbeit in Europa stehen Äußerungen von bundesdeutschen Politikern nach der Entführung der acht Bundesdeutschen in Nicaragua durch die Contra, wie die am 17. Juni 1986 veröffentlichten schriftlichen Fragen an die Bundesregierung von Roland Sauer, MdB CDU/CSU, der fragt, ob die Entführten „mutmaßliche Straf- und Gewalttäter sind, die im Zusammenhang mit Demonstrationen in der Bundesrepublik Deutschland Haus- und Landfriedensbruch, Kraftfahrzeugdiebstähle, Scheckbetrug und Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz begangen haben sollen“ und der die Entführten als ‚Mitglieder der Internacionistas, der „Roten Brigaden“, die in Nicaragua für den Kommunismus kämpfen‘ bezeichnet?

Die Contra verfügt in der Bundesrepublik Deutschland über ein weitgestreutes Netz von Kontaktpersonen in der Print-Presse, wie der WELT, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sowie in Magazinsendungen, wie dem ZDF-Magazin von

Gerhard Löwenthal, der zusammen mit Organisationen der FDN-Contra Mitglied der Resistance International in Paris ist, mit Politikern, vor allem der CDU/CSU und den parteinahen Stiftungen, wie der Hanns-Seidel-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Contra soll laut den Beschlüssen des UNO-Contra-Seminars im Februar in Madrid mit dieser Gruppe von Kontaktpersonen gefestigt und auch erweitert werden, und zwar so, daß die Kampagne nicht als von der Contra initiierte erkannt werden soll und deswegen indirekt über öffentlich bekannte Personen und Mitarbeitern in den Medien umgesetzt werden soll. Ziel der Kampagne für die Contra ist, die öffentliche Meinung in Europa davon zu überzeugen, daß

- das jetzige Nicaragua ein marxistisch-leninistisches System ist, das von der Sowjetunion und Kuba gesteuert wird und eine Gefahr für Lateinamerika darstelle,
- in Nicaragua eine interne demokratische Opposition existiere,
- die Contras existentiell auf die Hilfe der US-Regierung angewiesen sind.

5. Gibt es im Rahmen der konzeptionellen Erarbeitung der Mittelamerika-Politik der Bundesregierung einen politischen Austausch sowie Beratung durch die Nicaragua-Gesellschaft e. V. in Bonn, die bereits am 29. April 1984 den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der Coordinadora Democrática Nicaragüense (CDN) und heutigen Sprecher der politischen Leitung der Contra-FDN, der UNO, Arturo Cruz, zu einem Vortrag in Bonn eingeladen hat, ebenso wie Mitte Mai 1986 eine Delegation der FDN-Contra, u. a. den FDN-Vertreter in Tegucigalpa/Honduras, Luis Rivas, genannt „Güicho“, für die des weiteren Unterkunft und politische wie Pressekontakte organisiert worden waren,

die in ihrem Publikationsorgan „Informationsdienst Nicaragua“ (IDN) ausführlich über die internen Diskussionen innerhalb der FDN-Contra und mit ihr verbündeter Organisationen informiert,

die im IDN vom 30. März 1985 Arturo Cruz als „Vertreter der demokratischen Opposition“ bezeichnet und im IDN wiederholt folgende Schriften als Literaturhinweise empfiehlt:

„Stimmen der Freiheit“ von Indalecio Rodriguez, Mitglied des Direktoriums der FDN-Contra;

„Bonner Amerika Studien Bd. II, Sumu-Indianer“ von Götz von Houwald, der auf der UNO-FDN-Tagung am 10./11. Februar 1986 in Madrid anwesend war;

„Nicaragua – Revolution ohne Ende“ von Detlef von Appunn und Hans Röder, erschienen im Mundis-Verlag der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie, die

ihrerseits offiziell FDN-Delegationen in der Bundesrepublik Deutschland betreut hat?

6. Aus welchen öffentlichen Quellen finanziert sich die Nicaragua-Gesellschaft e. V.?
7. Worauf beruht die Gemeinnützigkeit des Vereins „Nicaragua-Gesellschaft e. V.“, und ist die Verwendung der Spendengelder, die auf das dafür angegebene Konto eingehen, öffentlich einsehbar?
8. Trifft es zu, daß der Geschäftsführer der Nicaragua-Gesellschaft und der Herausgeber des „Informationsdienstes Nicaragua“ (IDN) monatlich finanzielle Zuwendungen seitens der US-Botschaft erhalten, und wenn ja, für welchen Zweck?
9. Worauf beruht die Gemeinnützigkeit der El-Salvador-Gesellschaft e. V. in Bonn, mit der die Nicaragua-Gesellschaft e. V. zusammenarbeitet?
10. Würde die Bundesregierung die Eröffnung eines Büros des politischen Arms der Contra, der UNO, ähnlich wie in Genf und Madrid, zur Koordination der UNO-Öffentlichkeitskampagne, wie sie im Februar 1986 in Madrid von der UNO beschlossen wurde, als eine Informationsbereicherung für die öffentliche Nicaragua-Diskussion ansehen, und erhofft sich die Bundesregierung davon eine größere öffentliche Unterstützung für die Nicaragua-Politik der Bundesregierung?
11. Ist der Bundesregierung bekannt, ob die nationale Repräsentation und Koordination der UNO-Öffentlichkeitskampagne in der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenarbeit mit der in Bonn ansässigen Nicaragua-Gesellschaft e. V. erfolgen wird, die unter der Leitung von Michael Sommer den „Informationsdienst Nicaragua“ (IDN) herausgibt?
12. In welchem Ausmaß haben die Resultate der von Dr. Geißler als Generalsekretär der CDU initiierten und am 29. Oktober 1985 eröffneten Veranstaltung „Nicaragua-Report“ nachhaltig die Nicaragua-Politik der Bundesregierung bestätigt, angesichts der Tatsache, daß laut Aussage eines Mitarbeiters der CDU-Bundesgeschäftsstelle Michael Sommer als Mitarbeiter der Nicaragua-Gesellschaft e. V. in Absprache mit Dr. Geißler u. a. einen wesentlichen Anteil an der konzeptionellen Vorbereitung der Veranstaltung und den Gästeeinladungen hatte, und inwieweit gab es für die Veranstaltung konzeptionelle Absprachen zwischen der Bundesregierung und der CDU?
13. Aus welchen Mitteln finanziert die Internationale Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie ihre Aktivitäten und Publikationen, wie den „Lateinamerika-Report“ und den Mundis-Verlag, und kann die Bundesregierung eine direkte oder indirekte Zuwendung von öffentlichen Geldern, z. B. über den Weg von Stiftungszuwendungen, wie der Hanns-Seidel-Stiftung oder der Konrad-Adenauer-Stiftung, ausschließen?

14. Erhält die IAFD e. V., in deren Besitz der Mundis-Verlag und der Lateinamerika-Report sich befindet, öffentliche Mittel über die Hanns-Seidel-Stiftung aus Caracas, dies angesichts der Tatsache, daß neben Jürgen Koch mit 25 % und Edmund Moser mit 20 % der Hauptanteilseigner des Mundis-Verlages Gerold Moser ist, der gleichzeitig lt. Jahresbericht der Bayrisch-Venezolanischen Gesellschaft e. V. in München (u. a. von 1983) Mitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Caracas/Venezuela ist?
15. Kann die Bundesregierung bestätigen, daß es neben zahlreichen privaten Kontakten zwischen Mitarbeitern der IAFD und der Hanns-Seidel-Stiftung, beide mit Sitz in München, auch eine politische Koordination von Aktivitäten existiert, und gilt dies ebenfalls für die CSU und die Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie (IAFD)?
16. Hat die Bayrisch-Venezolanische Gesellschaft e. V., zu deren Geschäftsführung Edmund Moser, Chefredakteur des Lateinamerika-Reports, Alfred Bayer, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Felizitas Wanzke, Mitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung, Josef Deimer, Oberbürgermeister von Landshut (CSU), zählen und zu deren Mitgliedern u. a. Gerold Moser, Mitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Caracas, Joachim Meinhold, Geschäftsführer und Vizepräsident der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie zählen, und deren Adresse identisch ist mit der der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie und des Mundis-Verlages, den Charakter der Gemeinnützigkeit, und erhält die Bayrisch-Venezolanische Gesellschaft öffentliche Zuwendungen?

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie und ihr im Mundis-Verlag erscheinendes Organ „Lateinamerika-Report“ haben im Mai 1983 die erste offizielle Delegation der stärksten Contra-Organisation, der FDN, unter Teilnahme der beiden Mitglieder des Direktoriums der FDN, Adolfo Calero und Indalecio Rodriguez eingeladen und am 19. Mai 1983 im Presseclub in Bonn eine Pressekonferenz organisiert, die von Edmund Moser geleitet wurde. Seitdem macht die IAFD eine direkte oder indirekte Lobbyarbeit zugunsten der Contra, so daß es nur logisch ist, daß Edmund Moser am 10./11. Februar in Madrid an dem Seminar zur Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit der UNO in Europa teilgenommen hat. Es muß davon ausgegangen werden, daß die IAFD, die personell und politisch sehr enge Beziehungen zur CSU und zur Hanns-Seidel-Stiftung unterhält, innerhalb der Öffentlichkeitskampagne der UNO in der Bundesrepublik Deutschland eine entscheidende Rolle zufällt.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die IAFD zum Beispiel über die spezielle Verwendung der hier eingesammelten Spendengelder oder anderer Möglichkeiten, auch finanzielle Unterstützung für die Contra leistet.

Auf eine schriftliche Anfrage nach der Pressekonferenz der

FDN in Bonn im Mai 1983 an Edmund Moser, welche Möglichkeiten es zur direkten Unterstützung der Contra gäbe, antwortet Moser mit einem Schreiben vom 27. Mai 1983, daß man sich in dieser Frage an Jose Davila, den in Costa Rica ansässigen Vertreter der politischen Oppositionsgruppe ANUDE, wenden möge, da ANUDE „mit allen Oppositionsgruppen in Verbindung steht“.

Sehr aufschlußreich sind einige persönliche Tätigkeiten von Mitarbeitern und Anteilseignern des „Lateinamerika-Reports“. Jürgen Koch, der in Bonn Mitarbeiter des von Miami nach Kuba ausgestrahlten CIA-Senders „Radio Marti“ ist, organisierte im Herbst 1985 eine Pressekonferenz für Indalecio Rodriguez, FDN-Direktoriumsmitglied, in Bonn. Einige Schriften von Rodriguez sind im Mundis-Verlag unter dem Titel: „Stimmen der Freiheit“ erschienen.

17. Welchen Aussagewert mißt die Bundesregierung der Informationspolitik über die Lage der Menschenrechte in Nicaragua bei von bundesdeutschen Organisationen, wie der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie (IAFD), die in ihren Publikationen als Hauptquelle für die Situation der Menschenrechte die nicaraguanische Menschenrechtsorganisation „Comision Permanente de Derechos Humanos“ (CPDH), deren europäischer Vertreter bis vor kurzem der ehemalige Generalsekretär der in Costa Rica ansässigen „Asamblea Nicaragüense de Unidad Democratica“ (ANUDE), Esteban Gonzales, war, der in einem Interview als Generalsekretär der ANUDE im „Lateinamerika-Report“ 5/83 die FDN als demokratische und antisomozistische Kraft bezeichnete und für die ANUDE sagte:

„Wir unterhalten gute Beziehungen zu Pastora, zu Robelo, zu den Miskitos, zu Chamorro und auch zur FDN, denn wir sind überzeugt, daß in all diesen Gruppen hervorragende Kräfte wirken“,

dies insbesondere angesichts der Tatsache, daß Teile der von Gonzales als „hervorragende Kräfte“ bezeichneten Contra im Mai 1986 u. a. acht bundesdeutsche Aufbauhelfer in Nicaragua entführt haben?

18. In welchem Umfang galten in der Vergangenheit die Informationen über die Lage der Menschenrechte in Nicaragua seitens der CPDH und ihres Vertreters Esteban Gonzales als wesentliche Grundlage für die politische Bewertung dieser Frage durch die Bundesregierung unter der Berücksichtigung, daß die ANUDE, deren Generalsekretär Gonzales war, sich u. a. 1983 aus Mitgliedern zusammensetzte, wie Alfredo Cesar, bis vor kurzem Chef des „Movimiento de Rescate y Conciliacion Nacional“ (MRCN), das in den Publikationen der Nicaragua-Gesellschaft als politischer Arm der ehemaligen ARDE von Eden Pastora bezeichnet wird, und Jose Davila, ehemaliger Mitarbeiter von Eden Pastora, heute innerhalb des Verbandes der Unterorganisationen der FDN organisiert,

und angesichts der Tatsache, daß die ehemalige Postadresse von ANUDE und Jose Davila in Costa Rica identisch ist mit der Adresse der CPDH in Costa Rica, die Gonzales auf seiner Visitenkarte für sich und die Menschenrechtsorganisation bei Rundreisen in der Bundesrepublik Deutschland angegeben hat?

19. Gab es innerhalb der Bundesregierung kritische Stimmen in der Beurteilung der CDU-Veranstaltung „Nicaragua-Report“ am 29. Oktober 1985 unter der Leitung des CDU-Generalsekretärs Dr. Geißler über die Situation der Menschenrechte in Nicaragua, angesichts der Tatsache, daß neben zahlreichen Vertretern christdemokratischer Parteien aus Lateinamerika und einem Vertreter der IGFM aus der Bundesrepublik Deutschland das Hauptreferat über die Verletzung der Grundrechte in Nicaragua von Esteban Gonzales, Vertreter der Menschenrechtsorganisation CPDH, gehalten wurde, insbesondere angesichts der Kenntnis, daß Esteban Gonzales ehemaliger Generalsekretär der in Costa Rica ansässigen politischen Oppositionsvereinigung ANUDE war, in der er mit dem heutigen Contra-Mitglied Jose Davila, mit dem ehemaligen Sprecher des politischen Arms der ARDE von Pastora (MRCN), Alfredo Cesar, zusammengearbeitet hat und die laut eigener Aussagen Kontakte zur UNO-FDN-Contra hat, deren Organisationen er als „hervorragende Kräfte“ bezeichnete (vgl. „Lateinamerika-Report“, Nr. 5/83)?
20. Inwieweit gibt die von Prof. Pinger, MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, in der Welt am Sonntag vom 29. Juni 1986 (Leserbrief) geäußerte Meinung, Nicaragua solle keine staatliche Entwicklungshilfe erhalten, die Meinung der Bundesregierung wieder, und wenn ja, teilt die Bundesregierung die Begründung für die Ablehnung staatlicher Entwicklungshilfe an Nicaragua von Prof. Pinger, der u. a. die Existenz von Folter in sogenannten Modellgefängnissen anführt, wobei er sich auf Informationen des von Esteban Gonzales neugegründeten „Comite Nicaraguense de Derechos Humanos“, Sitz in Brüssel, und dessen Rundschreiben vom 3. Juni 1986 stützt?

Esteban Gonzales und die Quellen der CPDH dienen als zentrale Informationsgrundlage über die Situation der Menschenrechte in Nicaragua für Organisationen, wie der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie, der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, der Nicaragua-Gesellschaft und vor allem auch der Parteien der CDU und der CSU und Politiker aus ihren Reihen, die in ihrer Öffentlichkeitsarbeit Stellung gegen die sandinistische Regierung Nicaraguas beziehen. Angesichts des Einflusses, den die Mittelamerika-Politik der CDU und der CSU auf die Mittelamerika-Politik der Bundesregierung ausübt, bleibt die enge Verbindung von Esteban Gonzales zu obigen Organisationen und vor allem der Regierungsparteien der CDU/CSU nicht folgenlos für die Nicaragua-Politik der Bundesregierung.

Esteban Gonzales Nähe zu Mitgliedern des politischen Arms der Contra, der UNO, seine Kontakte zu fast allen Contra-Organisationen, wie er sie laut eigener Aussagen als ehemaliger Generalsekretär der ANUDE hatte, die mangelnde Berichterstattung von Gonzales und der CPDH über die Greuelthaten der Contra in Nicaragua, lassen berechnete Zweifel an der Objektivität der Berichterstattung von Gonzales und der CPDH aufkommen. Die personelle Übereinstimmung und Verflechtung zwischen der ehemaligen ANUDE und der CPDH in Costa Rica in vergangenen Jahren bis hin zur gleichen Postanschrift lassen vermuten, daß es sich bei der Tätigkeit von Gonzales und der CPDH um eine gezielte politische Ergänzung zu Öffentlichkeitskampagnen von Teilen der Contra handelt. Der Verweis von Edmund Moser (IAFD), bei finanzieller Unterstützung für die Contra möge man sich an Jose Davila (ANUDE) in Costa Rica wenden, da die ANUDE in Kontakt zu allen Contra-Organisationen stehe, verleitet zu der Annahme, daß der damalige Generalsekretär der ANUDE, Esteban Gonzales selbst, Gelder an Contra-Organisationen transferiert hat.

21. Bedeutet die Tatsache, daß Bundeskanzler Dr. Kohl zur Jahreshauptversammlung der IGFM im März 1986 ein Grußwort schickte, in dem die Bundesregierung der IGFM dankt, sich gegen Menschenrechtsverletzungen, „unabhängig vom politischen System“ zu engagieren, daß die Bundesregierung die Aktivitäten der IGFM zu Nicaragua unterstützt?
22. Trifft es zu, daß die IGFM in den vergangenen Jahren eine starke und aktive politische Unterstützung für ihre Arbeit seitens der Bundesregierung erhalten hat, hier ganz besonders vom ehemaligen, 1985 verstorbenen, Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Mertes?
23. Bedeutet die Tatsache, daß die Aktivitäten des Götz von Houwald, der am 10./11. Februar 1986 auf dem Treffen der UNO in Madrid war und der ebenfalls die Beratung der IGFM-Projekte in Honduras mit den Indianern des Stammes der Sumu macht, in einem politischen Zusammenhang mit den Aktivitäten der Indianer-Organisation MISURA der FDN-Contra stehen?
24. Kann die Bundesregierung angesichts der persönlichen und politischen Verflechtung von Houwald und der UNO sowie Houwald und der IGFM ausschließen, daß die 1985 für drei Jahre vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bewilligten 435 000 DM zur Finanzierung der IGFM-Sumu-Projekte am Rio Patuca/Honduras, für politische Interessen einiger Contra-Unterorganisationen verwendet werden, dies auch auf dem Hintergrund, daß Detlef von Appunn, Korrespondent des „Lateinamerika-Reports“ der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie, weiterhin offizieller Vertreter der IGFM in Costa Rica ist, wie er sich auf Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1985 häufig selbst vor-

gestellt hat, und somit auch personelle Verflechtungen der IGFM zur Internationalen Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie (IAFD) existieren?

25. Wie finanziert sich die IGFM unter besonderer Berücksichtigung öffentlicher Mittel, und welche konkrete Verwendung finden die Spendengelder, die auf das Spendenkonto der IGFM – Stichwort „Nicaragua“ – eingezahlt werden?
26. Kann die Bundesregierung die Aussage von Wolfgang Schall, Brigadegeneral a. D. und bis 1984 Mitglied des Europaparlaments für die CDU, Leiter der bundesdeutschen Sektion der antikommunistischen Weltliga, ehemaliger Generalsekretär des CDU-Landesverbandes Baden-Württemberg, Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse und des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse, der auf dem Jahrestreffen der antikommunistischen Weltliga in Dallas/Texas gegenüber einem bundesdeutschen Journalisten am 11. September 1985 auf Tonband gesagt hat, daß die IGFM in Frankfurt in der Bundesrepublik Deutschland als Verbindungsstelle zur antikommunistischen Weltliga fungiert, bestätigen?
27. Stützt sich die Bundesregierung in ihrer Mittelamerika-Politik auf die Informationen zur Lage der Menschenrechte in Nicaragua durch die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Deutsche Sektion e. V., Sitz in Frankfurt, obwohl sie Kenntnis darüber hat, daß deren Kuratoriumsmitglied Prof. Dr. N. Lobkowitz, ehemaliger Rektor der Universität in München, einen Aufruf der Organisation Resistance International, Sitz in Paris, zur aktiven Unterstützung der Contra unterzeichnet hat, abgedruckt in „Le Monde“ vom 21. März 1985, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 29. März 1985, „New York Times“ vom 18. April 1985, dies jeweils gemeinsam mit Abg. Graf Huyn, Kai Uwe von Hassel, Graf Stauffenberg, Martin Kriele etc.?
28. Gibt es nach Wissen der Bundesregierung gemeinsame politische Interessen oder Aktivitäten der IGFM und der Resistance International, unter deren Mitglieder neben der angolanischen UNITA, den afghanischen Modjahedin sich auch die Contra-Organisation FDN und MISURA befinden und unter deren Ehrenmitgliedern neben Graf Stauffenberg, Gerhard Löwenthal und Prof. Lobkowitz auch Mitglieder der antikommunistischen Weltliga (WACL) wie Robert Close fungieren, und die Seminare mit internationalen antikommunistischen bewaffneten Gruppen durchführt, wie vom 20. bis 23. Oktober 1983 in Paris mit Gästen wie Indalecio Rodriguez (FDN), Stedman Fagoth (MISURA), Adolfo Robelo (ARDE), angesichts der Tatsache, daß Cornelia Gerstenmaier sowohl Gründungsmitglied der IGFM als auch der Resistance International war und Lobkowitz Kuratoriumsmitglied der IGFM ist sowie Ehrenmitglied der Resistance International?

Die IGFM hat nicht nur enge Kontakte zur Internationalen Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie, sondern auch zum politischen Arm der Contra, der UNO. Am 25. April 1985

wurde in Berlin im Rathaus Schöneberg die gemeinsame Ausstellung der IGFM und der IAFD „Nicaragua libre – Land ohne Freiheit“ eröffnet.

Neben Esteban Gonzales, dem Vertreter der nicaraguanschen Menschenrechtsorganisation CPDH, war auch Arturo Cruz als Sprecher der UNO geladen.

In den Berichten der IGFM über Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua finden sich keine Hinweise über die Greuel-taten der Contra, da sich die IGFM hauptsächlich auf das Material der CPDH stützt.

Das politische Umfeld der IGFM ist sehr aufschlußreich: Der Sprecher der Deutschen Sektion der IGFM, Jörn Ziegler, engagierte sich in den 70er Jahren innerhalb der ultrarechten „Unabhängigen Schülerunion“.

Die IGFM unterhält enge Zusammenarbeit mit der „Hilfsaktion Märtyrerkirche“, deren Sprecher Wurmbrandt im September 1973 nach dem Putsch in Chile ein Telegramm an General Pinochet schickte, worin er diesem zum Erfolg des Putsches seine Glückwünsche übermittelte.

Kuratoriumsmitglied der IGFM ist Otto von Habsburg, Mitglied der Pan-Europa Union und ehemaliger Präsident, heutiger Ehrenpräsident des europäischen Dokumentations- und Informationszentrum (CEDI), das sich in den 50er Jahren um einen Beitritt Franco-Spaniens in die NATO bemühte. Otto von Habsburg unterhält enge Kontakte zum paneuropäischen Brüsewitz-Zentrum, dessen Kuratoriumsmitglied u. a. Graf Huyn ist, Präsidiumsmitglied im Deutsch-Chilenischen Freundeskreis, Teilnehmer an der Konferenz der antikommunistischen Weltliga 1978 in Washington, Mitunterzeichner des Aufrufs der Resistance International zur Unterstützung der Contra, veröffentlicht u. a. in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 29. März 1985 und in „Le Monde“ vom 11. April 1985.

29. Wie lautet die politische Position der Bundesregierung zur finanziellen, politischen und militärischen Unterstützung der UNO-FDN-Contra durch die Regierung der USA, dies insbesondere nach der Entführung der acht Bundesdeutschen durch die FDN-Contra im Mai 1986 in Nicaragua?
30. Gibt es innerhalb der Koalitionsregierung und der ihr angehörenden Fraktionen des Deutschen Bundestages unterschiedliche Auffassungen über die politische Einschätzung der UNO-FDN-Contra, und wenn ja, wie lauten die unterschiedlichen Positionen?
31. Hat die Tatsache, daß der bayerische Ministerpräsident Strauß und der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Vogel an der Tagung der Internationalen Demokratischen Union im Juli 1985 in Washington teilgenommen haben, in deren von Strauß und Dr. Vogel mitgetragendem Schlußkommuniqué für eine offene Unterstützung der Contra aufgerufen

wurde, Auswirkungen auf die Mittelamerika-Politik der Bundesregierung gehabt, oder gibt dieses Kommuniqué die Meinung der CDU/CSU wieder, die Mitglieder der Internationalen Demokratischen Union sind?

32. War das Treffen des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Dregger, mit Adolfo Calero, der als Sprecher der UNO-FDN-Contra im April/Mai 1986 in der Bundesrepublik Deutschland war, mit der Bundesregierung abgesprochen, und hat Dr. Dregger der UNO-FDN-Contra politische Unterstützung seitens der CDU/CSU zugesagt, die die Mittelamerika-Politik der Bundesregierung wesentlich gestaltet?
33. Bedeutet nach Meinung der Bundesregierung die Aussage des Bundesministers Dr. Warnke im Bayernkurier vom 14. Juni 1986 „Die SPD hat die Entführung der Brigadisten nunmehr zum Anlaß genommen, in ihrem offiziellen Presse-dienst den amerikanischen Präsidenten Reagan zu beschimpfen, er gebe Mördern seinen Segen. Rau schweigt zu dieser unsäglichen Verunglimpfung des Staatsoberhauptes unseres wichtigsten Verbündeten...“, daß es sich bei den von der US-Regierung finanzierten und von der SPD als Mörder bezeichneten Contra nicht um Mörder handelt, und wenn ja, wie lautet die Einschätzung der Contra seitens Bundesminister Dr. Warnke?
34. Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Adolfo Calero während seines letzten Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland sich ebenfalls mit CSU-Mitglied und Bundesminister Dr. Warnke getroffen hat, und wenn ja, zu welchem Zweck?
35. Welche Bedeutung für die Nicaragua-Politik der CDU mißt die Bundesregierung der Tatsache bei, daß Wolfgang Schall, Brigadegeneral a.D., Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse und des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse, Abgeordneter des Europaparlaments für die CDU bis 1984, Generalsekretär des CDU-Landesvorstands Baden-Württemberg von 1971 bis 1973, Mitglied des CDU-Landesvorstands Baden-Württemberg bis 1977, als Vertreter der Deutschen Sektion der World Anticommunist-League (WACL), die politisch neben den guatemaltekischen Todesschwadronen „Weiße Hand“, der salvadoreanischen faschistischen ARENA-Partei, General Pinochet und Strössner, auch die UNO-FDN-Contra unterstützt, an der Konferenz der WACL in Dallas/Texas im September 1985 teilgenommen hat, dies besonders im Zusammenhang damit, daß Schall politisch und persönlich sehr enge Verhältnisse u. a. zu den Abgeordneten Todenhöfer und Jäger (Wangen), Ministerpräsident Späth und Bundeskanzler Dr. Kohl pflegt?
36. Welchen Aussagewert für die Nicaragua-Politik der CDU/CSU-Fraktion mißt die Bundesregierung der Tatsache bei, daß Graf Huyn, CSU-Mitglied im Auswärtigen Ausschuß, die Anzeige der Resistance International (Sitz Paris) zur Unterstützung der Contra in der „Frankfurter Allgemeinen Zei-

- tung" vom 29. März 1985 und in „Le Monde“ vom 11. April 1985 unterschrieben hat, und kann die Bundesregierung bestätigen, daß u. a. die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß Dr. Todenhöfer, Klein (München), Dr. Müller, Schwarz, Jäger (Wangen), Dr. Czaja, Dr. Hupka, Sauer (Salzgitter) und Dr. Waigel ebenfalls für eine Unterstützung der UNO-FDN-Contra eintreten?
37. Kann aus der Tatsache, daß zur Eröffnung der Ausstellung „Nicaragua libre – Land ohne Freiheit“ von der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie (IAFD) und der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) im Rathaus Schöneberg in Berlin am 25. April 1985, zu der Arturo Cruz, Sprecher der UNO-FDN-Contra und Esteban Gonzales, Vertreter der CPDH-Menschenrechtsorganisation, geladen waren, der ehemalige Innensenator von Berlin, Heinrich Lummer, die Veranstaltung miteröffnet hat, geschlossen werden, daß der Berliner Senat eine politische Unterstützungsarbeit für die Veranstalter und Gäste der Ausstellung leistete, und hatte die Bundesregierung vor Eröffnung der Veranstaltung Kenntnisse über das Vorhaben von Lummer?
38. Welche Auswirkung auf die Nicaragua-Politik der Bundesregierung hat das starke Engagement innerhalb der CDU/CSU für die Ausstellung „Nicaragua libre – Land ohne Freiheit“ von der IGFM und der IAFD gehabt, die unter anderem auch am 1. Juli 1985 in der bayerischen Landesvertretung in Bonn und von der Jungen Union in Wuppertal am 12. November 1985 vorgeführt wurde, wozu im letzten Fall auch Esteban Gonzales, Dr. Hupka, MdB, H. J. Lichtenberg, MdL, Kurt Drees, CDU-Bürgermeister von Wuppertal, geladen waren?
39. Teilt die Bundesregierung die politische Einordnung des Bundesverbandes des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) über den ehemaligen Mitarbeiter von Eden Pastora (ARDE), Jose Davila, der sich einer Unterorganisation der UNO-FDN-Contra angeschlossen hat, Jose Davila sei ein „gemäßigter nicaraguanischer Exil-Politiker“, wie es in einem Flugblatt des RCDS vom 18. Oktober 1985 anlässlich einer Veranstaltung des RCDS zum Thema „Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua“ mit Jose Davila, Jörg Debatin (stellv. RCDS-Vorsitzender), Rudolfo Garcia-Ziems (Deutsche Welle) in Münster am 15. Oktober 1985 stand?
40. Kollidiert nach Ansicht der Bundesregierung die Organisation der Mittelamerika-Reise von Prof. Kriele durch die KAS mit den verbindlichen Grundsätzen für die Arbeit der politischen Stiftungen, die besagt, daß „Konzeption und Programme der politischen Stiftungen für Entwicklungsländer mit der Entwicklungspolitik der Bundesregierung abgestimmt und weiterentwickelt...“ werden, angesichts der Tatsache, daß Prof. Kriele bereits vor der Reise seine politische Unterstützung für die Contra mit der Unterzeichnung der Anzeige der Resistance International in der „Le Monde“ vom 21. März 1985 kundgetan hatte, und bedeutet die Unterstützung der

KAS für die Reise von Kriele nach Unterzeichnung der Anzeige in „Le Monde“, daß die KAS ein politisches Interesse hatte, daß Kriele eine Auswertung seiner Reise macht, wie sie jetzt in Buchform vorliegt („Nicaragua – Das blutende Herz Amerikas“), in dem Kriele abermals seine offene Unterstützung für die Contra darlegt?

41. Wurde die Reise von Prof. Kriele mit Stiftungsgeldern aus öffentlichen Zuwendungen finanziert, und in welcher Höhe geschah dies?
42. Hat die KAS ebenfalls mit öffentlichen Mitteln für Krieles Reisebegleiter und Dolmetscher in Mittelamerika, Rudolfo Garcia-Ziensen, Mitarbeiter der Deutschen Welle in Köln, die Kosten übernommen oder wurden diese für Garcia-Ziensen von der Deutschen Welle getragen?
43. In welcher Funktion hat Garcia-Ziensen das mit dem 8. August 1985 datierte Gutachten unter anderem zur Förderung der nicaraguanischen Oppositionszeitung „La Prensa“ für die Friedrich-Naumann-Stiftung verfaßt, und teilt die Bundesregierung die Einschätzung Garcia-Ziensen, wie er sie in dem Gutachten darlegt, wonach „La Prensa“ „weder rechts noch halbrechts, noch mitte-rechts“ sei, sondern „La Prensa“ „die einzige noch unabhängige Tageszeitung Nicaraguas“ sei, die „um das Überleben liberaler Prinzipien“ kämpft und in diesem Sinne „das letzte noch sichtbare Stück Freiheit in Nicaragua“ sei?
44. Steht die Förderung von „La Prensa“ durch die Friedrich-Naumann-Stiftung 1984 in der Höhe von 110 000 DM in einem Zusammenhang mit der Tatsache, daß die US-amerikanische Stiftung National Endowment for Democracy (NED), die laut „National Catholic Reporter“ vom 24. Mai 1983 von der US-Information-Agency (USIA) im Interesse einer Ergänzung der Außenpolitik der US-Regierung gegründet worden sei, und mit öffentlichen Geldern finanziert werde, ebenfalls „La Prensa“ finanziell unterstützt, und kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Stiftung NED die UNO-FDN-Contra über die in den USA gegründete politische Vereinigung PRO-DEMCA unterstützt?
45. Steht die Förderung der Menschenrechtsorganisation CPDH, deren Vertreter in Europa Esteban Gonzales ist, durch die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) 1984 in Höhe von 50 000 DM in einem Zusammenhang damit, daß die US-Stiftung NED ebenfalls finanzielle Unterstützung für die CPDH leistet?
46. Kann die Bundesregierung ausschließen, daß die von der KAS 1984 an den nicaraguanischen Unternehmerverband COSEP gemachten Zuwendungen in Höhe von 1 Mio. DM für politische Aktivitäten im Zusammenhang mit dem 1984 stattgefundenen Wahlkampf zugunsten einer Unterstützung für die UNO-FDN-Contra ausgegeben wurden, und wenn ja, wofür wurden die Zuwendungen an COSEP im Wahljahr 1984 verwendet?

47. Kann die Bundesregierung ausschließen, daß die Konrad-Adenauer-Stiftung über ihren ehemaligen Mitarbeiter in Zentralamerika, Wolfram Picht, laut Aussagen der ehemaligen Freundin Pichts, in Costa Rica Geld über Mittelsmänner an die Contra überreicht haben soll („Vorwärts“, 12. Oktober 1985), und wenn ja, aus welchem Grund wurde die Mitarbeit von Picht bei der Konrad-Adenauer-Stiftung beendet?
48. Liegt der Grund für die Mitreise von Josef Thesing (Konrad-Adenauer-Stiftung) mit dem Beauftragten des Büroleiters von Bundesaußenminister Genscher, Michael Jansen, nach Miami und Tegucigalpa zwecks Führung von Verhandlungen mit der UNO-FDN-Contra zur Freilassung der acht bundesdeutschen Entführten im Juni 1986 darin, daß Josef Thesing über ständige Kontakte zur UNO-FDN-Contra, z. B. zu Adolfo Calero und Arturo Cruz, unterhält, wodurch die Verhandlungen mit der Contra um die Freilassung der Entführten erleichtert werden sollten, und wenn nein, was war der Grund für die Mitreise von Josef Thesing?
49. Kann die Bundesregierung Informationen von Journalisten, die 1983 und 1984 in Mittelamerika waren, bestätigen, wonach die Friedrich-Naumann-Stiftung in Costa Rica als Kontaktstelle für Journalisten gelten soll, um Interviewpartner aus der ehemaligen ARDE in San Jose zu bekommen, und wenn ja, vermittelt die Friedrich-Naumann-Stiftung ebenfalls Interviews mit Mitgliedern der UNO-FDN-Contra?
50. Für welche konkreten Zwecke werden die Spendengelder des Hilfsfonds „Internationale Solidarität“ der Konrad-Adenauer-Stiftung, für den Bundeskanzler Dr. Kohl einen Spendenaufruf gemacht hat, im Falle Nicaraguas verwandt, und stehen die von diesem Hilfsfonds begünstigten in oder außerhalb Nicaraguas lebenden Nicaraguaner in einer Beziehung zu Parteien, Verbänden, Organisationen und Gruppen, die mit der UNO-FDN-Contra zusammenarbeiten?
51. Wie kamen die bei der Entführung der acht Bundesdeutschen in Nicaragua im Mai 1986 beteiligten Mitglieder der FDN-UNO-Contra in den Besitz von drei G 3-Gewehren, Marke Heckler und Koch, mit den Nummern 072869, 070197, 304351, einem Granatwerfer M 79 der Marke Heckler und Koch, Nummer 11112 sowie Solarzellen AEG TSG Typ PQ 10-20-02, Seriennummer 003021, und in welchem Fabrikationswerk von Heckler und Koch wurden die Waffen hergestellt?
52. Kann aus der Tatsache, daß die am 9. Juni 1986 unter Ausschluß der GRÜNEN von allen anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages gesandte Aufforderung an den Sprecher des US-Repräsentantenhauses, zum Bemühen um Unterstützung für die Freilassung der acht bundesdeutschen Entführten, nicht die von H. J. Wischnewski, MdB, angeregte und auf der Pressekonferenz am 13. Juni 1986 in Bonn wiederholte Forderung an den US-Kongreß enthielt, die Entscheidung über die Vergabe von 100 Millionen Dollar an die UNO-FDN-Contra möge bis zur Freilassung der Entführten verschoben

werden, geschlossen werden, daß eine Aufforderung an den US-Kongreß um Verschiebung der Abstimmung über die Bewilligung von 100 Millionen Dollar für die Contra nicht von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages getragen werden kann, und wenn ja, liegt der Grund darin, daß Teile der CDU/CSU-Fraktion die Unterstützung der UNO-FDN-Contra durch die US-Regierung befürworten?

53. Für welchen konkreten Zeitraum finanzierte die Konrad-Adenauer-Stiftung Ende der 70er Jahre mit öffentlichen Mitteln ein Stipendium in Köln für Jose Davila, heute Mitglied einer der FDN-Contra Unterorganisationen, und welche konkrete politische Zusammenarbeit ergab sich nach Ablauf des Stipendiums zwischen Davila und der KAS?
54. Wurde die 1983 veröffentlichte programmatische Broschüre der ANUDE in Costa Rica, deren Druckkosten die Konrad-Adenauer-Stiftung beglichen hat, von der KAS mit öffentlichen Geldern finanziert, und wenn ja, verstößt eine solche mit öffentlichen Geldern finanzierte Öffentlichkeitsarbeit von ANUDE gegen die Grundsätze der Stiftungsarbeit, angesichts der Tatsache, daß laut Aussagen ihres damaligen Generalsekretärs Esteban Gonzales die ANUDE Beziehungen zu allen Contra-Organisationen unterhielt, in denen laut Gonzales „hervorragende Kräfte“ wirken (vgl. Interview im Lateinamerika-Report 5/83), und angesichts der Tatsache, daß Edmund Moser in einem Schreiben vom 27. Mai 1983 den ehemaligen KAS-Stipendiaten Jose Davila als Mitglied der ANUDE als Kontaktperson in Costa Rica für eventuelle Unterstützungsabsichten für die Contra angibt, da laut Moser die ANUDE „mit allen Oppositionsgruppen in Verbindung steht“?
55. Wurde in den vergangenen Jahren die Tätigkeit von Esteban Gonzales in Brüssel als Europa-Vertreter der CPDH von der Konrad-Adenauer-Stiftung mit öffentlichen Geldern finanziert oder wurde dessen Finanzierung von der Partei der CDU getragen?
56. In welcher Höhe erhielt 1985 Jose Davila, damaliges Mitglied der ARDE-Contra, von Eden Pastora finanzielle Unterstützung über das mit öffentlichen BMZ-Mitteln von der Hanns-Seidel-Stiftung finanzierte Bildungsinstitut INCAE in Costa Rica finanzielle Zuwendungen, und für welchen Zweck finanzierte die Hanns-Seidel-Stiftung Davila in seiner Funktion als enger Mitarbeiter von Eden Pastora?

Bonn, den 20. März 1987

Volmer

Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion